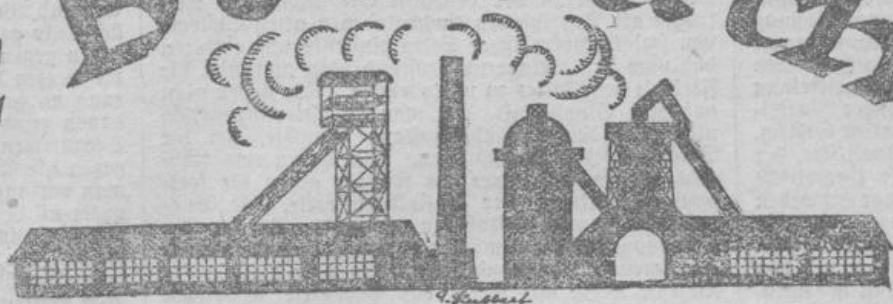


Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag,
24. Sept. 1921

Anzeigen, die nur in bechränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

39.
folge

Parteitag der Deutschen Volkspartei Westfalen-Süd

in Lüdenscheid am 17. und 18. September.

Der nach Lüdenscheid einberufene Parteitag begann am Samstag, 10 Uhr vormittags, im kleinen Saale der Erholung mit einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Justizrat Schulz-Hagen, widmete nach Eröffnung der Sitzung dem verstorbenen Generalsekretär Jabel einen warmempfundenen Nachruf. Zum leitenden Generalsekretär des Wahlkreises wurde sodann Herr Generalsekretär Koecker gewählt. Nachdem die Hauptvorstandssitzung und die Vertreterversammlung kurz besprochen war, fand eine eingehende Aussprache über die Einsetzung von Fach- und Berufsausschüssen statt, worauf etliche politische Organisationsfragen erledigt wurden. Um 3 1/2 Uhr nachmittags fand im großen Saal desselben Lokals die Sitzung des Hauptvorstandes statt, die aus allen Gegenden des Wahlkreises außerordentlich zahlreich besucht war und einen sehr anregenden Verlauf nahm. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprachen die Reichstagsabgeordneten Dr. Cremer über die politische Lage und Dr. Hugo über die Steuerpolitik. Beide Redner fanden mit ihren Ausführungen, die die Stellung der Deutschen Volkspartei eingehend beleuchteten, lebhafteste Zustimmung. Zu gleicher Zeit tagte unter Vorsitz des Herrn Klingspor-Siegen der Wahlkreis-Jugendauschuß unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung. Um 6 Uhr nachmittags tagten die Ausschüsse. Alle Versammlungen nahmen einen sachlichen, den wirtschaftlichen wie den parteipolitischen und vaterländischen Interessen dienenden erfreulichen Verlauf.

Die Rede Stresemanns.

Meine verehrten Freunde!

Wir standen vor der Eröffnung des Reichstages, die auf Anfang September geplant war, und wir alle dachten daran, daß zwei Hauptfragen Gegenstand der Erörterung dieser parlamentarischen Tagung sein würden. Einmal die Frage, wie die Erfüllung des Ultimatums sich auf die Innen- und Außenpolitik ausgewirkt hat, zweitens die spezielle Frage, wie die Steuerpolitik des Reiches gestaltet werden sollte. Nachdem die Wirkung des Ultimatums sich finanziell gezeigt hatte, da kam

der Mord an dem Abgeordneten Erzberger.

Die ganze politische Situation nahm eine andere Wendung. Man kann auch an diesem Mord und

aus seiner Wirkung das eine sehen, daß es töricht ist, davon zu sprechen, daß auch im Zeitalter der Demokratie nur die Menge und die Masse die Politik macht. In Wirklichkeit wird unter jeder Staatsform und unter jedem Wahlrecht letzten Endes die große politische Entwicklung ausgehen von Persönlichkeiten, die die Wirkung auszuüben vermögen. Sei es, daß sich diese Wirkung in positivem Sinne für ein Zusammenfassen der Volkstriebe geltend macht, sei es, daß die Persönlichkeit zerlegend wirkt und ein Volk in verschiedene Teile spaltet. Für den Politiker, namentlich für den, der an der Spitze großer Bewegungen steht, gilt, wenn er abscheidet aus dem Leben, nicht das Wort: „Von den Toten soll man nur Gutes sagen.“ Er wirkt fort mit allem, was der Sinn seines Wesens und seiner Politik war, über den Tod hinaus. Deshalb müssen wir diese Dinge voneinander scheiden, wenn wir über die Situation sprechen, die sich an diesen Mord angeschlossen hat. In der Beurteilung des Mordes sind wir einig vom ethischen und politischen Gesichtspunkt aus.

Wer glaubt, die politische Beeinflussung könne durch Gewalt und Mord geschehen, der hat nichts mit uns zu tun.

Er steht außerhalb des Gesetzes. Wer Menschenblut vergießt, des Blut soll auch von Menschen vergossen werden. Es gibt Menschen, die glauben, die weitere Entwicklung der Politik hemmen zu können, dadurch, daß sie zum Dolch oder Revolver greifen. Daraus mache ich kein Geheimnis, daß ich ohne Ansehen der Person mich keineswegs dazu bekenne, daß sogenannte edle Motive strafmildernd wirken für diejenigen Personen, die den Mord ausführen. Ich weise darauf hin, daß, als seinerzeit der feige Mordmord an dem Freunde Deutschlands, Talaat Pascha, verübt wurde, die links gerichtete Presse den Fall besprach und

die edlen Motive anerkannte, einen von der gegnerischen Partei beseitigt zu haben. Das zweite ist die Wertung der Persönlichkeit, die durch diesen Mord aus der politischen Arena ausgeschieden ist. Hier stehe ich nicht an, zu sagen, daß Erzberger doch nicht die positiv aufbauende, sondern die zerstörende Kraft unseres Volkes verfinstlichte. Die ganzen großen letzten Vorträge des Abgeordneten Erzberger gingen darauf hinaus, eine neue politische Konstellation in Deutschland zu schaffen, die lediglich gekennzeichnet sein sollte durch die Zusammenführung derjenigen, die in einer

einseitigen Linksentwicklung und Radikalisierung unseres Volkslebens und unseres politischen Lebens das Heil zu erblicken glaubten. Das Ziel war, ein Ministerium zu schaffen, das von dem linken Flügel des Zentrums bis zu den Demokraten auf der einen Seite, bis zu Breitscheidt auf der anderen Seite reichte, unter Bekämpfung aller derjenigen, die sich zu dieser Politik nicht bekennen wollten. Daß man diese Politik mit den Namen des christlichen Sozialismus bezeichnete, ändert nichts an dem zersetzenden Charakter, der sie kennzeichnete.

Wenn man die Frage, auf wen der Krieg am meisten niederdrückend gewirkt hat, beantworten will, dann muß man sagen, beinahe zugrunde gegangen ist unter der unglücklichen Wirkung der Entwertung unserer Mark vor allen Dingen der geistige und werktätige Mittelstand. Er hat am ersten das Recht, sich zu erheben gegen die Art der Proletarisierung, der er ausgesetzt ist. Ich halte keinen Volksaufbau für gesund, in dem eine große Schicht von Abhängigen anderen Schichten gegenübersteht. Rom ist zugrunde gegangen, als es seinen Bauernstand nicht mehr hatte, ohne den es nicht leben konnte. Deutschland würde zugrunde gehen, wenn ein sozialisiertes Deutschland auf der anderen Seite ähnlich handeln würde. Die Arbeiterschaft hat ein elementares Interesse daran, daß uns erhalten bleibt eine starke Mittelschicht. Die gesunde Entwicklung darf nicht durchbrochen werden. Es bedeutet eine abwegige Entwicklung, daß die berechnete Empörung, die sich nach der Ermordung Erzbergers zeigte, in parteipolitisch-demagogischer Weise ausgenutzt ist, und vor allen Dingen ausgenutzt ist von dem ersten Beamten des Reiches. Wenn ein Schiff in Gefahr ist, wenn die Wellen von rechts und links springen, dann hat der Kapitän dafür zu sorgen, daß es auf die Wellen gegossen wird. Er aber hat gerade als Leiter der Reichsgeschichte alles getan, um

die Leidenschaften aufzupeitschen.

Es ist tief bedauerlich, daß in all den Verhandlungen, die seitdem stattgefunden haben, auch bei Gelegenheiten, wo gar keine Veranlassung vorlag, gerade der Herr Reichskanzler Dr. Brüning, obwohl er immer erklärte, eine Scheidung des Volkes in zwei Teile abzulehnen, seinerseits das meiste dazu tat, um eine solche

Inhalt der Nummer:

Parteitag der Deutschen Volkspartei Westfalen-

Süd in Lüdenscheid am 17. und 18. Sept.

Briefe von Siegerländern aus Mexiko. Von

Dr. Hans Kruse. (Fortf.)

Das Reparationsproblem. Von Dr. Otto Hugo.

(Fortf.)

Die Folgen der ersten Milliardenzahlung. Von

Dr. Otto Hugo.

Die Thüringer Landtagswahlen.

„Nieder mit den Böses!“

Den Finger drauf.

Aus der Partei.

Scheidung herbeizuführen. Was sollen die Worte: hie Bürgertum, hie Proletariat. Es gibt weite Teile des Bürgertums, die mehr proletarisiert sind, wie alle werktätigen übrigen Schichten. Wir gehören alle zum deutschen Bürgertum und sind werktätig, ob wir Handarbeiter sind oder geistig arbeiten, ob wir an der Spitze eines Unternehmens stehen, oder sonst wie arbeiten. Gleichzeitig das zweite Schlagwort der Sonntagstede des Reichskanzlers von der Zusammenfassung des werktätigen Volkes zu entwickeln und damit etwas zu tun, was man auch in Zeiten des allgemeinen Wahlrechtes ablehnen soll, ist eine Umschmeißelung der Massen zur Durchsetzung demagogischer Parteipolitik. Wir haben heute das parlamentarische System. Dieses bringt es mit sich, daß der Parteipolitiker, der an der Spitze des Reiches steht, gewisse theoretische Auffassungen hegt, daß aber, wie die Dinge geworden sind, er einfach den Parteiroß auszieht von dem Tage an, wo er an der Spitze des Reichsministeriums steht. Ich habe die Empfindung, daß auch in Zeiten, wie den heutigen, unter Verfassungsformen wie den heutigen, der Reichskanzler als solcher mit seinem Amt hinaus wachsen müßte aus den Begriffen des Parteiagitators. Dieses Hinauswachsen habe ich bisher sehr schmerzhaft vermist in dieser Frage wie auch in den Fragen, die das Verhältnis des Reiches zu Bayern betreffen. Der Reichskanzler, dem ich durchaus zugestehen, daß er in allen Fragen nationaler Arbeit auch außenhin das Beste will, ist andererseits innerpolitisch soweit links gerichtet, daß seiner ganzen Auffassung der Dinge wohl eine ähnliche Konstellation entspräche, wie ich sie vorhin als Ziel Erzbergers gekennzeichnet habe. Wir stehen jetzt vor der Frage, ob noch die Sozialdemokratie und die Unabhängigen sich zu einer Partei zusammentun, was mit dem Einfluß der radikalen Elemente innerhalb einer solchen vereinigten Partei gleichbedeutend gewesen wäre. Ich glaube, daß ein Staatsmann ein Interesse daran haben müßte, daß in einer so großen Partei wie es die Sozialdemokratie ist, nicht der Radikalismus die Oberhand gewinnt. Statt dessen hat der Reichskanzler Wirth hier ausgesprochen, daß die Zentrums-Partei nicht nach rechts gehen würde, auch wenn Sozialdemokratie und Unabhängige sich vereinigten, was doch wie eine Einladung klingen müßte. Diese Vereinerung zu einer Gedankenrichtung mit einer so verstärkten Sozialdemokratie unter Hinzuziehung des Zentrums würde die Mehrheit im Reich und die Mehrheit in Preußen werden. Das Selbsttöten bei der Wirkung des Mordes an Erzberger ist, daß versucht wurde, nunmehr die Erregung, die sich geltend machte, auf die Mühlen einer derartigen Politik zu treiben, und uns in eine Radikalisierung hineinzutreiben gegen das, was man die Reaktion nennen könnte.

Es ist auch in unseren Kreisen umstritten gewesen die

Stellung zu dem Ausnahmezustand,

den von dem Reichspräsidenten verhängt wurde. Ich habe aus den Kreisen unserer Parteifreunde vielfach Zuschriften erhalten, die dem Wunsche Ausdruck geben, auf das schärfste gegen diesen Ausnahmezustand zu protestieren. Ich bin diesen Wünschen nicht gefolgt und ich bitte Sie, Ihnen unsere Stellung hierzu darlegen zu dürfen. Der Ausnahmezustand ist ja das Tragikomische in der heutigen Situation, das man früher als Ausfluß des fluchbeladenen alten Systems von sozialdemokratischer Seite hinstellte und erklärte, daß man den Belagerungszustand dazu anwende, die Freiheit des Volkes zu unterdrücken. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß man in Ausnahmezeiten nicht auch den Ausnahmezustand brauche, um die Staatsautorität durchzusetzen. Wir haben uns während der ganzen Dauer des Krieges gegen die fortgesetzten Anträge der Sozialdemokratie, die Ausnahmebestimmungen aufzuheben, gewandt mit der Begründung, der Staat muß in solchen Zeiten ein Machtinstrument in der Hand haben. Es wäre ganz inkonsequent, wenn wir heute das Gegenteil verlangen wollten. Ich habe es während des Krieges lebhaft bedauert, daß nicht noch größere Machtmittel des Staates gegen diese Leute in ganz anderer Weise angewandt sind, wie es damals die Regierung getan hat, und daß es in dieser Beziehung gar nicht ankommt auf die Form, in der sonst das politische Leben verläuft. Daß dieser Geist des Ausnahmegesetzes gar kein Auswuchs war einer preußischen Reaktion, zeigt die Handhabung des Ausnahmezustandes durch Clemenceau. Ich halte es für inkonsequent, wenn die Deutsche Volkspartei es versucht hat, von vornherein gegen das Ausnahmegesetz und dessen Anwendung zu protestieren. Darum handelt es sich nicht, dem Reichspräsidenten die Waffen aus der Hand zu nehmen, die wir vielleicht auch einmal brauchen in anderen Zeiten, sondern unter grundsätzlicher Anerkennung, daß der Staat solche Machtmittel haben sollte, sich dagegen zu wenden, daß sie einseitig angewandt werden. Deshalb haben wir diese unsere Auffassung dem Reichskanzler gegenüber zum Ausdruck gebracht. Wir haben ihn darauf hingewiesen, daß wir unbedingt verlangen, daß gegen die kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften, die ganz offen zur Gewalt heißen, die gar kein Hehl daraus machen, daß der ganze Grundgedanke ihres Programms Verfassungsumsturz in Deutschland ist, mit derselben Energie vorgegangen würde. Wir haben uns dagegen gewandt, daß ein großes Berliner nationales Blatt verboten wurde. Ich glaube, wir haben dort zweierlei erreicht, einmal, daß jetzt auch gegen kommunistische Blätter eingeschritten worden ist, daß dieses Verbot aufgehoben wurde und daß man sich wenigstens bemüht hat, wieder einzulenken, in dem Gedanken einer gleichmäßigen Anwendung des Ausnahmezustandes, wobei ich bemerke, daß schon der Name eines solchen Ausnahmezustandes bedingt, daß er zeitlich begrenzt ist und aufgehoben

werden muß, sobald die Verhältnisse sich in Deutschland wieder beruhigt haben. Und wenn der Herr Reichskanzler nicht zur Beunruhigung der Verhältnisse soviel beigetragen hätte, dann könnte er wahrscheinlich schon aufgehoben werden. (Sehr richtig! Beifall!)

Das war das eine. Aber das zweite betraf die Art und Weise, wie man versuchte, die Erregung, die sich links geltend machte, nun zu benutzen, um vorzugehen gegen alles das, was in Deutschland wieder in die Herzen der Menschen gekommen war, die Erinnerung an große Taten der Vergangenheit. Man hat davon gesprochen, daß wir in der heutigen Zeit keine Sedanfeiern abhalten sollten; man hat sich gewandt gegen die Anbringung der schwarz-weiß-roten Fahne; man verlangte das Verbot der Regimentsfeiern. Und unter all dem Eindrud jener Tat versucht mit einemmal der Linksradikalismus jede Bewegung zu töten, die nach der Dummheit und dem Nebel der Novembertage allmählich wieder emporkam im Herzen des deutschen Volkes und die nach Ausdruck rang in all diesen Erinnerungsfeiern, in all diesen Rückblicken auf eine Zeit, von der die Menschen doch allmählich empfinden, daß auch die Zeit des Weltkrieges eine große Zeit für das deutsche Volk gewesen ist, eine Zeit, der wir uns nicht zu schämen haben, eine Zeit, die einmal in der Weltgeschichte und ihrer Betrachtung der Dinge ganz anders die Leistungen des deutschen Volkes und seiner Führer werthen wird, als wie wir unter den Sorgen des verlorenen Krieges heute dazu in der Lage sind.

Daraus entnehme ich zweierlei, Negatives und Positives. Ich habe vorhin mit starken Worten und absichtlich so stark betont darauf hingewiesen, welchen Verbrechens sich diejenigen schuldig machen, die jetzt zu einer

Politik der Gewalt

aufreizen oder sie durchführen. Ich bedauere diese Politik vor allen Dingen aus dem Grunde, weil sie alle Ansätze vernichtet zu einer vernünftigen Entwicklung unserer Verhältnisse, in denen wir viel weiter vorgeschritten waren, als wie manche von uns glauben. Wie lagen denn die Dinge in dem Novemberrausch, soweit jemand damals überhaupt berauscht gewesen ist. Ich glaube es waren im wesentlichen nur einige demokratische Seelen, deren Herzen da höher schlugen. Nachdem der Novemberrausch verfliegen war, begann über das ganze deutsche Volk eine große Beruhigung zu kommen. Fünfzig Jahre lang hatte man gewartet auf das neue Deutschland, das nun mit einem Male all die Erfüllung der Hoffnung bringen sollte. Und nun kam ein Niederbruch, wie ihn die Geschichte noch nicht erlebt hatte, es kam der außerpolitische Niederbruch. Wo ist denn die Politik der Gerechtigkeit, wo blieb denn die Völkerverständigung, wo blieb denn die Freundschaft der gerechten Demos-

ich aber mein Leben einbüßen, so hast Du 15 000 Th., womit sich bei gutem Haushalte anständig in einer wohlfeilen Gegend leben läßt.

Herrn Superintendent Bender laß doch durch Friedrich sagen, daß ich für sein Guthaben an Müssen sorgen würde. Herrn Dr. Hanecroth laß durch Friedrich um ein Gesundheitsattest bitten, welches ich nebst Taufschein, der wohl in diesen Tagen ankommen wird, wegen der Lebensversicherung notwendig brauche.

Bei dem Einpacken in die Koffers möchte ich gerne zugegen sein. Auch wird, wenn ich den 23ten in Siegen eintreffe, noch Zeit genug sein, da die Sachen erst den 29ten d. M. hier sein müssen. Ich wollte Dir noch allerhand schreiben, aber der Kopf wird mir so toll geschwätzt, daß ich es vergessen habe.

Herrn Oberberggrat Heusler meinen Gruß und ich würde ihm Manches erzählen können.

Ich versichere Euch meiner herzlichsten Liebe.

Dein

Schmidt.

Gern hätte ich Herrn Oberberggrat Heusler geschrieben und Herrn Obereinfahrer Erbreich, wenn ich nur Zeit dazu hätte.

Wenn Du etwa Geld brauchst, so wird Dir Herr Dresler geben. Schreibe alle Ausgaben zur Equipierung besonders auf.

Da Wipperfurth nur 2 Stunden von Gimborn liegt, so werde ich vielleicht Herrn Greve, der auch von Diesterweg gerühmt wurde, besuchen. *)

Liebe Frau!

Der Abschied von Dir und Mina war mir schmerzlicher als es Dir geschehen haben mag, und nur der Gedanke war mein Trost, daß diese lange Trennung Dein und der Kinder Glück begründet.

*) Zu Greve, der offenbar Lehrer in Gimborn war, und von Adolf Diesterweg empfohlen wurde, beabsichtigte Berggrat Schmidt für die Zeit seiner Abwesenheit seine Söhne und Neffen in Erziehung zu geben.

Briefe von Siegerländern aus Mexiko.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksvereins 1823 — 1886

Von Dr. Hans Kruse, Siegen.

35)

(Fortsetzung.)

Elberfeld, 16. Februar 1828.

Liebe Louise!

In aller Eile nur so viel, daß ich die sichere Hoffnung habe, für Friedrich noch 300 Thaler extra zur Equipierung zu erlangen, was auch notwendig sein wird wegen Deiner Reise nach Cassel, vor welcher natürlich die wenigen Schulden getilgt werden müßten.

Längstens den 23ten bin ich bei Euch, doch komme ich vielleicht ein paar Tage früher mit Extrapost.

Am 2ten März gehen wir von Siegen ab, den 7ten ist hier Generalversammlung, den 14ten werden wir in London eintreffen, den 17ten März nach Falmouth abreisen und uns daselbst am 21ten einschiffen.

Ich schreibe diese Disposition auf ein Zettelchen, welches Du Herrn Obereinfahrer Erbreich, dessen Urlaub ausgefertigt ist, mit meinem Grusse einhändigen wolltest.

Herr von Gerold ist seit vorgestern hier, er hat mir viele Versäumnisse veranlaßt, indessen habe ich Aufschlüsse erhalten, die mir von großem Werthe sind. Gegen Stein wird von meiner Seite nicht feindselig verfahren werden und ich habe ihm nach der mit hiesiger Direction genommenen Abrede nicht einmal etwas Unangenehmes zu verkündigen. Die Herren scheinen volles Vertrauen zu mir zu haben, welches ich auch rechtfertigen werde. Heute trifft der Herr Dr. Bracht*) von Berlin hier ein.

Ich werde mein Leben, versteht sich auf meine Rechnung, mit 5000 Thl. versichern lassen. Sterbe ich nicht, so können wir das kleine Minus am Erwerbe der 10 000 Th. wohl entbehren; sollte

*) Justizrat Dr. Bracht aus Elberfeld war der Rechtsbeistand des Bergwerksvereins.

tratie. In
und
eine Po

wie sie niem
richtig!) S
der nicht auf
von Versailles
hin wir m
Rechts geto
deutsche Vo
erkannte an
der Völk
etwas daran
stülte. Und
br u ch d e s
der Demotr
Volksstaat o
Hingabe an
anderer We
in dem alten
Autorität, a
mehr die Ze
die Zeiten d
die Menschen
die Erschei
des Allen fr
es auszupre
dem Alten,
geht, das G
mehr besäße
die Außenpo
Zeiten. Di
sozialismus
schen Staat
schaft herbei
es ist, große
in die V
steht man, n
so weit, daß
ob man sozi
gesellschaften
und der Re
wuchs emp
führte, daß
bekam, die u
sollte, was
erscheint. De
politik ware
tatoren. Je
lichkeiten h
drohe. Es
sich irgendw
den. Da di
ten, gleich
kann man v
hatten, dur

Meine
Gerne hät
Zeit dazu
weit sind,
wir mit d
in London
und wir
seiner Au
19. ds. ab
18ten zu D
Zu D
daß ich n
Resultate
günstig fi
befürchten
Für Fried
gekommen
Dereine
remunerie
jede sich
benutzen
treten kan
Herr
gemacht.

1. Zu Si
Equipe
2. Equip
3. Reiseko
4. Für V
zu des

Davon
Equip

tratie. In Wirklichkeit sehen Sie Machtkonstellation und eine Politik der Macht und nur der Macht,

wie sie niemals stärker in der Welt gewesen ist. (Sehr richtig!) Sie sollen an der Hand von Oberschleien, der nicht aufgehobenen Sanktionen und des Friedens von Versailles einmal dem deutschen Volke sagen, wohin wir mit diesem Vertrauen auf die Politik des Rechts gekommen sind. Das war das eine, was dem deutschen Volke wie Schuppen von den Augen fiel. Es erkannte an, die andern haben doch wohl die Pflicht der Völker immer besser gekannt. Es war doch wohl etwas daran, wenn der alte Staat sich auf die Macht stützte. Und das zweite, das war der Zusammenbruch des großen Idealismus, daß es nur der Demokratie bedürfe, um nun in einem freien Volksstaat auch alle großen ethischen Momente der Hingabe an den Staat für die Allgemeinheit in anderer Weise zum Ausdruck zu bringen, als etwa in dem alten Preußen, das auf der Pflicht, auf der Autorität, auf der Disziplin aufgebaut war, daß nunmehr die Zeiten der Zerstörung vorbei waren, daß die Zeiten des freien Volksstaates kämen. Dann haben die Menschen den freien Volksstaat, dann haben sie alle die Erscheinungen, die sich an den Zusammenbruch des Alten knüpften. Da gab es Millionen, die, ohne es auszusprechen, sich innerlich zurückzuziehen nach dem Alten, weil sie, wie das stets im Menschenleben geht, das Gute erst dann einsehen, wenn sie es nicht mehr besitzen. Es brach zusammen die Hoffnung auf die Außenpolitik, die Hoffnung auf neue glänzende Zeiten. Die Hoffnung, daß nun der Wirtschaftsozialismus dazu führen würde, den alten kapitalistischen Staat abzulösen und die große soziale Gemeinschaft herbeizuführen. Anscheinend sah man, wie leicht es ist, große Gedanken auszusprechen, wenn man aber in die Lage versetzt wird, sie durchzuführen, steht man, wie anders das Bild dann ist. Wir waren so weit, daß die Kommunen anfangen zu überlegen, ob man sozialisierte Betriebe nicht wieder an Privatgesellschaften geben sollte, um so Defizite des Reiches und der Kommunen zu vermindern. Aus all dem wuchs empor jene Bestimmung, die allmählich dazu führte, daß man wieder einen Begriff der Ordnung bekam, die uns einer anderen Zukunft entgegenführte, sollte, was durch die bittere Notwendigkeit bestätigt erscheint. Der Rapp-Putsch und diese Art von Gewaltpolitik waren wieder Wasser auf die Mühle der Agitatoren. Jetzt hatten sie wieder Grund, auf die Möglichkeiten hinzuweisen, daß die Gefahr von rechts her drohe. Es war deshalb gar nicht daran zu denken, sich irgendwie zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden. Da die Männer, die dieses Unternehmen führten, gleichzeitig die unpopulärsten Menschen waren, kann man verstehen, daß wir damit die Empfindung hatten, durch diese Dinge, die man entweder als

politische Verbrechen oder politische Dummheit bezeichnen kann, um Monate in der Entwicklung zurückgeworfen worden zu sein. (Sehr richtig!) Infolgedessen ist der Mord an Erzberger aufs neue dazu angetan, die Absicht zur Tatsache werden zu lassen, nun wieder einmal die Massen emporzuwecken gegen Dinge, die sie innerlich hassen; gegen Dinge, die zusammenhängen mit der Erziehung zum nationalen Gedanken. Wir alle stehen auf dem Standpunkt, daß ein Volk nicht wert ist, geachtet zu werden, das seine Geschichte und seine großen Persönlichkeiten nicht achtet. Jeder von uns ist sich dessen bewußt, daß wir ein unüber- treffliches Heer hatten. Selbst der Feind spricht mit Hochachtung von der deutschen Armee. Die Vertreter Englands erklärten, mit der deutschen Armee sei die glorreichste Armee zugrunde gegangen. (Hört! hört!) Aber eins müssen wir dabei auch zum Ausdruck bringen, daß, wenn Angehörige der Regimenter sich zusammenfinden zur Feier einer großen Kriegserinnerung und zur Erinnerung der Kameradschaft, dann darf in den Ansprachen solcher Feiern das nationale Element hell ins Licht gebracht werden. Aber die Politik hat zu schwächen. (Bravo! Lebhafter Beifall.) Diejenigen, die da glauben, solche Feste benutzen zu können, um ihre Parteizugabe zu fördern, schaden dem nationalen Gedanken. In der Beziehung möchte ich ganz klar zum Ausdruck bringen, daß die Deutsche Volkspartei die Aufgabe übernommen hat, das Nationale zu sammeln und über die Parteischablone mit nationalem Stolz alle Deutsche zu erfüllen, unbeschadet der Parteizugehörigkeit. (Bravo!) Wir haben dieses in unserer Interpellation im Reichstage zum Ausdruck gebracht und sind uns einig, daß nichts sich ändern kann in unserem Bekenntnis zu der Reichsfahne, die zu beschimpfen und zu belästern ja so töricht war, weil selbst in der neuen Weimarer Verfassung diese Flagge als Handelsflagge bestimmt worden ist. Selbst der „Vorwärts“ beipflichtet in einem Aufsatz die Zuständigkeit der schwarz-weiß-roten Flagge als Handelsflagge. Ich glaube, wenn wir wieder beginnen mit der nationalen Erziehung, wir schließlich wieder die Erinnerung an das hoch bringen werden, was hoch bei uns stehen sollte. Lassen Sie mich ein einziges Beispiel dafür anführen in Beziehung auf die Hecke der Linken: Als unser Parteifreund Hugo Stinnes seine Frachtdampfer Ludendorff, Hindenburg und Tirpitz nannte, wurden im Reichstage große Debatten darüber geführt, daß durch diese Namensbezeichnungen das fremde Nationalgefühl aufgereizt würde, und was die südamerikanischen Staaten, die teils gegen uns im Kriege waren, dazu sagen sollten, wenn Schiffe in ihre Häfen einfahren, die Namen deutscher Feldherren tragen. Man hat sich bemüht, durch Telegramme die dortigen Hafenarbeiter-Organisationen zu veranlassen, die Schiffe nicht zu entladen. (Hört! hört!) In Wirklichkeit war der Empfang der Schiffe bei ihrer An-

kunft ein überaus herzlicher, nicht nur von Seiten der deutschen Kolonien, sondern auch von Seiten der südamerikanischen Staaten. Diese Tatsache beweist, daß man drüben die großen Persönlichkeiten zu schätzen weiß, die die einstigen Führer des deutschen Volkes gewesen sind. (Lebhafter Beifall.)

Die geschaffene Situation sollte nach dem Wunsche der Linken ausgenutzt werden zu einer Linksentwicklung im Reich und in Preußen. Die Rede des Reichskanzlers war nicht anders zu verstehen. Unter dem Eindruck dieser ganzen ersten Tage hat es nicht an Stimmen gefehlt, die da sagten, jetzt ist der Augenblick zu einer strengen Scheidung zwischen rechts und links gekommen.

Welch verkehrte Anschauung.

Wir werden dies nie anerkennen, da hierdurch nur der Klassenkampf gefördert wird. Ich weiß, daß es sehr viele gibt, die wenig einverstanden gewesen sind mit der Politik, die wir in der letzten Zeit getrieben haben, doch sage ich Ihnen, daß meiner Ansicht nach nur diese Politik Erfolge ver- bürgt. In dieser Zeit der Aufregtheit, in dieser Zeit der heftigen Leidenschaften kann uns nur eine Politik der Besonnenheit und Ruhe zum Ziele führen. Obwohl es unnötig gewesen wäre, habe ich absichtlich betont, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen und die Verfassung schützen werden. (Schluß folgt.)

Das Reparationsproblem.

(Fortsetzung.)

7. Die Erschütterung der Wirtschaftslage.

Die zweite Folge dieser Steuerpolitik wäre die ungeheure Verteuerung der deutschen Volkswirtschaft. Wenn man dem Landwirt und dem Hausbesitzer hohe Hypotheken auf seine Realwerte legt, dann verteuern sich selbstverständlich die Produkte der Landwirtschaft ebenso wie die Mieten. Und wenn man durch Einziehung der sogenannten Bergwerksrente den Kohlenpreis gewaltig in die Höhe treibt, so würde dadurch eine Verteuerung der Produktion eintreten, die sich ebenfalls für den Konsum überaus scharf geltend machen würde. Auch diese Seite der Frage müßte eigentlich die sozialistische Seite dazu zwingen, von einer rein agitatorischen Behandlung des Problems bei dem Ernst und der Bedeutung der Frage Abstand zu nehmen.

Es kommt hinzu, daß auch die übrigen Steuern, wie sie auch ausgestaltet werden mögen, insonderheit die Verdoppelung der Umsatzsteuer,

Meine Reise bis hierher ist ohne besondere Zufälle gewesen. Gerne hätte ich Dir früher geschrieben, wenn nur ein Augenblick Zeit dazu übrig geblieben wäre. Ich bin froh, daß wir nun so weit sind, Elberfeld heute verlassen zu können. Morgen werden wir mit dem Dampfschiff bis Rotterdam gehen und gegen den 14. in London sein. Herr Brachetti hat sich gestern hier eingefunden und wir haben an ihm einen guten Reisegefährten mehr. Nach seiner Aussage wird das Paketboot von Falmouth schon am 19. ds. absegeln, wir müssen deshalb eilen, den Hafen schon am 18ten zu erreichen.

Zu Deinem Troste will ich Dir noch die Nachricht mitteilen, daß ich nach meiner Instruction nicht verantwortlich für die Resultate meiner Sendung bin. Fällt die Sache auch noch so ungünstig für den Verein aus, was indessen durchaus nicht zu befürchten steht, so bin ich der Zahlung der 10 000 Thaler gewiß. Für Friedrich ist in dem Kontrakte noch die Bedingung hinzugekommen, daß derselbe, wenn er durch seine Bemühungen dem Vereine Nutzen bringt, dafür besonders und angemessen remuneriert wird. Auch ist ihm vorbehalten geblieben, daß er jede sich darbietende Gelegenheit zur Begründung seines Glücks benutzen und in die Dienste anderer Miningesellschaften treten kann.

Herr van Zwelen hat uns eine gewaltige Apothekerrechnung gemacht. Wir haben empfangen:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Zu Siegen durch Herrn Dresler, mein Equipment | Th: 1000. —. —. |
| 2. Equipment für Friedrich | „ 300. —. —. |
| 3. Reisekosten, Auslagen pp. | „ 65. 22. 7. |
| 4. Für Wüsten, Deine Auslagen in Siegen zu dessen Equipierung | „ 150. —. —. |

Th: 1515. 22. 7.

Davon zu zahlen an Herrn v. Zwelen die Equipementsgegenstände

Th: 510. 19. 9.

Zu Siegen zum Equipment und für Dich pp.	1000. —. —.
Hier empfangen, baar	„ 100. —. —.

Th: 1610. 19. 9.

Kommt noch mein Gehalt zum Abzuge

„ 95. 27. 2.

Was Du an Gehalt brauchst, schreibe gleich hierher und sende Quittung über den Betrag, damit Du bei Zeiten die notwendigen Gelder zu Deiner Abreise bekommst. Bringe ich die mir mit 50 Thaler angerechneten Koffers noch ab, so ist nur übergezahlt Th: 45. 27. 2. 8.

Es geht heute so bunt durcheinander, daß ich nicht weiß wo mir der Kopf steht. Eben muß ich fort zur gerichtlichen Aufstellung unserer Kontrakte. Die 10 000 Thaler werden hier sicher deponiert, was besser für uns ist als Köln. Ich habe darüber mit dem Director Bracht gesprochen, dem der Herr Oberberg-Hauptmann Gerhard selbst auf die Seele gebunden hat, für die Sicherstellung meiner sauer verdient werdenden Gelder zu sorgen.

Der Himmel erhalte Euch gesund und schreibt mir bald. Allen herzliche Grüße von uns

Dein treuer

Schmidt.

Nachschrift!

Liebe Louise! Der Reiseplan hat sich wieder geändert, wir müssen über Aachen und Brüssel nach Ostende, um bei dem Mexikanischen Gesandten vorzusprechen, der uns Pässe nach Mexiko giebt.

den 9ten März.

Nach einem gestern Abend gefaßten Beschlusse bleibt es nun bei der ersten Reisetour über Rotterdam. Friedrich ist heute mit dem Dampfschiffe dahin abgegangen und zu Rotterdam kommen wir mit demselben wieder zusammen. Es ist besser für ihn als die rasche Fahrt mit der Schnellpost, mit der wir leider gehen

an sich zur Erschütterung unserer Wirtschaftslage führen müssen. Wir hatten in der Entwicklung der Umstellung der Goldwirtschaft in die Papierwirtschaft endlich einen gewissen stabilen Zustand erreicht, sowohl hinsichtlich der Valuta wie der Preise für den Lebensunterhalt. Wir standen am Abschluß schwerer sozialer Kämpfe um Lohnerhöhungen und Besoldungsverbesserungen der Beamten, während das Schicksal der Rentner noch völlig unbeachtet geblieben war. Bevor auch diesen Ärmsten auch nur die bescheidenste Hilfe zuteil wird, wird die neue Steuergesetzgebung alle wertvollen Errungenschaften der wirtschaftlichen Festigung wieder erschüttern und uns einer neuen Periode sozialer und wirtschaftlicher Kämpfe entgegenführen, wobei es ausgesprochen werden muß, daß eine erneute Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Zustände der Tod für den Rentner sein wird, wenn der Staat nicht auch hier mit einer Milliardenhilfe, die sich bisher in keinem Haushalt findet, eingreift.

Das ist vielleicht die verheerendste Folge, die aus der gewaltigen Steuerauslage herauskommen wird und herauskommen muß. Daneben aber die anderen wirtschaftlichen Folgen, so eine enorme Verteuerung unserer Produktion, insonderheit wenn die Kohlensteuer auch noch scharf ausgebaut wird, so daß wir aus der Konkurrenzmöglichkeit mit dem Auslande immer mehr hinausgeworfen werden. Welche Bedeutung diese Frage andererseits für das Reparationsproblem besitzt, ist an einer späteren Stelle dieser Darlegungen besonders ausgeführt.

8. Die Goldbilanz.

Neben der Frage der Ausbringung der erforderlichen Mittel in Papiermark auf dem Wege der Steuergesetzgebung steht die Frage der Zahlungseinführung an die Entente. Um Goldzahlungen vorzunehmen — mit Papierzahlungen in deutscher Mark ist selbstverständlich der Entente nicht gedient —, ist es erforderlich, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Goldzahlungsmitteln zu prüfen.

Im Jahre 1920 betrug die Einfuhr 97 Milliarden, die Ausfuhr 67 Milliarden Papiermark, so daß der Defizitsaldo unserer Auslandszahlungsbilanz 30 Milliarden Papiermark = 2 Milliarden Goldmark betrug. Dazu treten:

Jahreszahlungen für das Ultimatum	3,3 Milliarden
1/2 der Besatzungskosten	0,3 Milliarden
Ausgleichsverfahren	0,5 Milliarden
Zinsen für die in der Nachkriegszeit in die deutsche Wirtschaft eingeflossenen Kapitalanlagen und Kredite	1,0 Milliarde

zusammen 7,1 Milliarden

Hierzu ist zu bemerken, daß das Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr sich im kommenden Jahre vielleicht um eine halbe Milliarde Goldmark verbessern kann, so daß 6,6 Milliarden, rund 6 1/2 Milliarden Goldzahlung an das Ausland zu leisten wären, die durch die bisherige Ausfuhr keine Deckung finden. Ich bemerke, daß der Staatssekretär Sirich im Reichswirtschaftsministerium auf Grund seiner Kalkulationen zu dem Ergebnis kommt, daß das Minus der Zahlungsbilanz zwischen 3 und 4 Milliarden Goldmark schwankt, während Herr Helfferich ein Minus von 7,5 Milliarden Goldmark, Herr Dr. Wiedfeld-Essen ein solches von 7 Milliarden Goldmark errechnet. Selbstverständlich ist es völlig unmöglich, für derartige Berechnungen eindeutig zuverlässige Unterlagen zu schaffen. Aber einheitlich gilt, daß man von der deutschen Wirtschaft eine Zahlung verlangt, die niemals aus der möglichen Vermehrung der Goldwerte herauszuholen ist. Eigentlich könnten wir ja nur Goldzahlungen machen in Höhe des Überschusses der Ausfuhr über die Einfuhr. Vorläufig steht das Verhältnis aber umgekehrt, da die Einfuhr um 2 Milliarden höher ist als die Ausfuhr.

Um einen Aufwand von 6 1/2 Goldmilliarden aber zu schaffen, müßte unsere Produktion vielleicht um 15–20 Milliarden in ihrem Werte gesteigert werden. Die Ausfuhr müßte sich mehr wie verdoppeln. Auch von diesem Gesichtspunkt der Herstellung des Ausgleichs für die Goldbilanz der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland aus stehen wir vor einem Unmöglich.

Auf absehbare Zeit bleiben wir voraussichtlich unfähig, auch ohne die Lasten der Reparation eine aktive Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland zu gewinnen. Die 30 Milliarden Papiermark, die wir mehr einführen als ausführen, treten als Verschuldung gegenüber dem Ausland in die Erscheinung. Wenn es nicht gelingt, Goldwerte durch die Ausfuhr zu schaffen,

so bedeutet eben die Durchführung der Reparation eine jährliche Entnahme von vielen Milliarden aus der Substanz unserer Wirtschaft. (Fortsetzung folgt.)

Die Folgen der ersten Milliardenzahlung.

Von Dr. Otto Hugo,
Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.

Dem deutschen Volke ist im Gewirr der Milliardenforderungen der Respekt vor der Bedeutung dieser Summen ganz verloren gegangen. Deshalb hat es auch innerpolitisch betrachtet zunächst keinen sonderlich tiefen Eindruck hinterlassen, als die Entente uns ihre Milliardenforderungen durch das Ultimatum auf den Hals warf. 132 Milliarden Mark insgesamt und etwa 3–4 Milliarden Mark jährlich ist zwar volkswirtschaftlich betrachtet eine Ungeheuerlichkeit, aber weite Kreise des deutschen Volkes gaben sich der naiven Vorstellung hin, daß sich die Sache schon schaffen lasse. Die ganze Frage der Unterzeichnung des Ultimatums wurde fast nur vom politischen und kaum noch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bewertet.

Von den 132 Milliarden Mark ist die erste Milliarde am 31. August an die Entente gezahlt worden. Ein winziges Tröpfchen auf den heißen Stein der Reparationen. Aber die Not und die Schwierigkeit, die die Beschaffung dieser ersten Milliarde verursacht hat, sollte dem deutschen Volke die Augen öffnen über die ungeheuerliche Größe der wirtschaftlichen Gefährdung, die uns die Durchführung der weiteren Verpflichtung auferlegt.

Zunächst die Frage, wie ist die erste Milliarde beschafft worden? Die deutsche Volkswirtschaft war keineswegs in der Lage, die Goldmilliarde aus eigener Leistung aufzubringen. Die wirkliche Devisenbeschaffung wird man auf rund 500 Milliarden Goldmark schätzen können. Der ganze Rest, d. h. die zweite halbe Milliarde ist geliehen und aus Krediten genommen worden. Sie be-

müssen, weil die Direction alles bis auf den letzten Augenblick verschoben hat. Wir reisen nun morgen früh mit dem Schnellwagen von hier ab, kommen übermorgen nach Rotterdam, schiffen uns den 12ten ein und sind mit Gottes Hilfe den 14ten in London. Das Packetboot von Falmouth geht doch nach sicherer Nachricht erst den 22ten März ab, wir haben also Zeit genug, um uns in London auszuruhen und das Merkwürdigste zu sehen. Auch in Falmouth wollen wir uns 2 Tage ausruhen.

Für Müßigen, der sehr zufrieden ist, habe ich einen besseren Kontrakt abgeschlossen, nach welchem er jährlich 300 Thaler bekommt. Er wird seiner Frau von hier gleich Geld senden, etwa 30 Thaler, damit sie das Haus kann decken lassen. Die Aktionäre haben volles Vertrauen zu mir, besonders auch die vorgestern neu gewählten Directoren. Die Aktien sind schon nicht mehr so leicht zu kaufen und die Besitzer haben wieder Muth gefaßt.

Hierbei folgt auch der Kontrakt des Müßigen, welchen Du dem Herrn Superintendent Bender nebst meiner Begrüßung einhändigen willst. Müßigen hat es so gewünscht.

Ich muß mir auch noch 30 Thaler geben lassen, die auch noch vom Gehalte abgehen. Du kannst, wenn Du nicht mehr Geld genug haben solltest, hier Deine Bedürfnisse beziehen.

Noch einmal und zwar das letzte Lebenswohl aus dem deutschen Vaterlande. Übermorgen bin ich in Holland und Mittwoch den 12ten schiffen wir uns nach London ein, wo wir schon den 14ten eintreffen werden.

Du erhältst hierbei eine Ausfertigung des Kontractes, welche Du wohl aufheben mußt. Eine zweite nehme ich nach Mexiko mit. Lebe wohl liebe Frau und behalte lieb Deinen treuen Mann
Schmidt.

Allen Bekannten, besonders Herrn Oberberggrat Heusler, Herrn Berggrath Menzler und Herrn Leuthaar meinen herzlichsten Gruß.

Die Lebensversicherung von 5000 Thaler wird die hiesige Direction besorgen. Es wird zwischen 5 bis 600 Thaler für 2 Jahre kosten, die ich gerne anwenden will, um hinreichend

für Euch im schlimmsten Falle zu sorgen. Sollte ich sterben, so mußt Du Dich des Rathes eines zuverlässigen Juristen zur Hebung der 10 000 Th. und der 5000 Th. bedienen.

Solltest Du etwa den Kontrakt verlieren, so kannst Du zu jeder Zeit und nach Jahren eine zweite eben so gültige Ausfertigung bei dem hiesigen Notar, Herrn Lüheler erhalten.

London, 17. März 1828.

Einige Stunden der Ruhe, die uns am heutigen Sonntage zu Theil werden, benutze ich, Dir liebe Frau zu sagen, daß ich glücklich und gesund in London angekommen bin. Alles hat so durcheinander gegangen, daß ich noch nicht zu mir selbst habe kommen können und noch immer bin ich durch unangenehme Menschen abgehalten und gequält, so daß ich Gott danken werde, wenn London in unserem Rücken ist. Am 10ten d. gingen wir, Herr Brachetti, Erbreich und Müßigen nach Rotterdam, wohin Friedrich schon den Tag vorher abgereist war und zwar per Dampfschiff, auf dem er zufällig Herrn v. Gerold traf, der die Reise mit uns bis hierher machte. Von Rotterdam gingen wir nach Helvoetsluis und trafen hier wieder mit Friedrich v. Gerold zusammen. Es geschah dieses am 11ten und am selben Tage schifften wir uns auf dem englischen Packetboot Prinzess Charlotte, geführt von Kapitain Kröcher ein. Die Witterung war vorzüglich, doch der Wind nicht besonders günstig, weshalb es lange dauerte, ehe wir aus den Dünen von Helvoet in die offene See gelangten. Der Anblick des Meeres war für uns ebenso überraschend als angenehm und besonders herrlich der Untergang der Sonne. Wir schliefen trefflich in unseren niedlichen Bettchen und befanden uns beim Erwachen so weit von den Küsten entfernt, daß wir nur Himmel und Wasser sahen und eine Menge von Seemöven, welche unser Schiff umflatterten. Am nämlichen Tage erblickten wir eine große Anzahl von Seeschiffen, (wir zählten deren zugleich 54), die uns die Nähe der englischen Küste bezeichneten, welche wir auch gegen Abend erblickten. Unser überaus vorsichtiger Kapitain wollte aber der Sandbänke wegen bei Nacht

deutet nur eine Vorbelastung für die Zukunft, indem die Beträge in den kommenden Monaten beschafft werden müssen, wenn es nicht möglich werden sollte, sie z. T. in langfristige Kredite umzuwandeln. Zunächst ist durch das holländische Bankhaus Mendelssohn & Co. ein Betrag von insgesamt 270 Goldmilliarden auf den Namen der Reichsbank beschafft worden. Es ist nicht öffentlich bekannt, unter welchen Bedingungen und Fristen der Abschluß dieses Darlehens erfolgte. Die Reichsbank hat aus ihrem Bestande 68 Millionen Mark Gold geopfert, ferner etwa die Hälfte ihres Silberbestandes in langfristigen Auslandsbonds flüssig gemacht. Dies ist wohl ein Betrag von 50—60 Millionen Goldmark. 15 Millionen hat das Reich an Gold zur Verfügung gestellt. Es ist im Auftrage des Finanzministeriums durch Post und Reichsbank aufgekauft worden. Hierzu kommen weitere Kredite, die aufgenommen worden sind, so daß nach den Schätzungen der Bankkundigen etwa 500 Millionen Mark vom Reich an Devisen aufgekauft und der Rest, wie gesagt, angeliehen worden ist. Die geliehene Hälfte kostet selbstverständlich dem Reich sehr viel Geld infolge Verschaffung und Verzinsung. Wie hoch diese Aufwendungen sind, läßt sich nicht schätzen. Meines Erachtens liegt für die Reichsregierung keine Veranlassung vor, der Öffentlichkeit eine Aufstellung darüber vorzuenthalten, welche wirtschaftliche Belastung die Beschaffung der ersten Goldmilliarde verursacht hat und uns weiter auferlegt, um die ganze Größe der Leistung im Inland und Ausland zum vollen Bewußtsein kommen zu lassen.

Und nun die Folgen! Die Aufbringung der Goldmilliarde mußte naturgemäß eine ungeheure Bewegung in den internationalen Geldmarkt bringen und zugleich einen gewaltigen Druck auf den deutschen Wechselkurs ausüben. Der Dollar ist von Mitte Mai bis zum 10. September von 58 auf über 100 Mark gestiegen. Wenn man bedenkt, daß wir wirklich nur 500 Millionen Goldmark, d. h. nicht einmal $\frac{1}{10}$ einer einzigen Jahresverpflichtung aus dem Ultimatum tatsächlich

aufgebracht haben und die Folge bereits ein Versinken der Valuta um 70 Proz. bedeutet, so sollten auch dem gleichgültigsten Deutschen und dem verstocktesten Franzosen die Augen über die verheerende Wirkung der Reparationsleistung in der bisherigen Form geöffnet werden.

Manche Kreise geben sich dem Glauben hin, daß die Abmachung von Sachleistungen in einer Jahreshöhe bis zu einer Milliarde Mark an Frankreich uns eine wesentliche Erleichterung für die Volkswirtschaft bringen könnte. Auch diese Hoffnung ist trügerisch. Erstens zweifle ich daran, daß Frankreich eine Milliarde Sachleistungen angesichts seiner eigenen Wirtschaftskrise abnehmen wird. Zweitens würde eine derartige Sachlieferung nach dem heutigen Kurs eine weitere Belastung der inneren Schuld in Deutschland durch die Bezahlung der Inlandsaufträge von etwa 20 Milliarden Mark bedeuten. Drittens würde uns durch diese Lieferung ein erheblicher Teil derjenigen Ausfuhr verloren gehen, die uns Devisen für die Barzahlungen an die Entente beschaffen muß. Wenn wir 3,3 Milliarden jährlich zu zahlen haben, bliebe eine Barleistung von 2,3 Milliarden übrig. Die Sachleistungen können uns deshalb auch keine tatsächliche Erleichterung bringen.

Was dann? Die Unvernunft der Dinge ruht in der Tatsache, daß die in der Wiederaufrichtung befindliche deutsche Volkswirtschaft Lasten tragen soll, die sie nicht tragen kann. Es ist deshalb notwendig, daß das In- und Ausland die tatsächliche Wirtschaftslage erkennt und daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung der Verringerung und der Hinauszögerung der Zahlungsverpflichtungen zieht. Wenn infolge der überspannten Erpressung von Goldleistungen aus der deutschen Wirtschaft eben diese deutsche Wirtschaft restlos zusammenbricht, würden unsere Gläubiger ebenso die Leidtragenden sein wie wir. Der letzte Deutsche aber sollte durch die verheerenden Wirkungen der Beschaffung der ersten Milliarde Gold, von der Deutschland ja nur eine halbe Milliarde tatsächlich aufgebracht hat, erkennen, daß wir eben wirklich nicht im Lande der

unbegrenzten Möglichkeiten leben, sondern daß es für uns um Leben und Tod als selbständiger Wirtschaftsstaat geht.

Die Thüringer Landtagswahlen.

Die genaueren, wenn auch noch nicht endgültigen Ziffern, die jetzt von der Landtagsneuwahl in Thüringen vorliegen, bestätigen den ersten Eindruck von dem Erfolg der Deutschen Volkspartei. Sie ist die einzige der bürgerlichen Parteien, die mit einem Mandatsgewinn aus den Wahlen hervorgeht. Statt 8 wie bisher wird sie im neuen Landtag 9 Vertreter zählen. Die Deutschnationalen haben ihre Mandatsstärke (4) bewahrt, der Landbund und die Demokraten mit 10 bzw. 3 je ein Mandat eingebüßt. Der Stimmenverlust der Demokraten beläuft sich auf über 10 000, während die Deutsche Volkspartei über 3000 Stimmen gewonnen hat, eine treffende Illustration zu der Behauptung des Berliner Tageblatts, die Demokratische Partei sei die einzige, die ihre Stimmen im Gegensatz zu den starken Stimmenverlusten der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen behauptet habe.

Insgesamt betrachtet ist das Ergebnis der Thüringer Wahlen leider nicht erfreulich. Während auf der bürgerlichen Seite ein Mandat weniger vorhanden ist als im alten Landtag, haben die sozialdemokratischen Parteien 2 mehr, die den Gewinn der Mehrheitssozialdemokraten darstellen. Zwischen Unabhängigen und Kommunisten hat lediglich eine Verschiebung stattgefunden, ohne daß der Sozialdemokratie irgend etwas verloren gegangen wäre. Der sozialdemokratische Gewinn liegt zweifellos an der stärkeren Wahlbeteiligung der sozialistischen Parteianhänger. Die Wahlbeteiligung war in den bürgerlichen Kreisen wesentlich geringer, offenbar eine Folge des unerhörten Terrors, der namentlich von den Linkssozialisten ausgeübt wurde. Der sozialdemokratische Mandatsgewinn macht es wahrscheinlich, daß auch die neue thüringische Regierung nach links orientiert sein wird, sei es unter stillschweigendem Wohlwollen der Kommunisten.

Besondere Hervorhebung verdient das Auftreten der Wirtschaftspartei, die auch bei den Thüringer Wahlen wieder ihre zersplitternde Kraft zum Schaden des Bürgertums geltend gemacht hat. Mit der Son-

nicht einlaufen und wir mußten eine 2te Nacht auf dem Meere schlafen. Das Schiff lag vor Harwich vor Anker, in dessen Hafen wir am anderen Morgen glücklich und wohlbehalten einliefen. Alle waren sekrank und mußten sich übergeben, nur Erbreich, Friedrich und ich nicht. Doch fühlte ich wohl, daß ich bei einem Sturm dem Übel nicht entgehen würde. Wir hatten 2 recht artige und überaus zuvorkommende Engländer, welche deutsch sprachen, einen Franzosen, der nach Griechenland reiste und einen Deutsch sprechenden, aber Nachts gewaltig schnarchenden Holländer zu Reisegesellschaft. Die Herren spielten Whist und ich machte ein Parthiechen Schach mit dem sehr artigen Kapitain. Die Zeit ging uns schnell genug herum.

Am 14ten fuhren wir mit der State coach, einem sehr glänzenden öffentlichen Fuhrwerke nach London. Es sind dieser Wagen 20 000 in England täglich in Bewegung, unserer hatte die Nummer 10 500 und wir sahen deren auf der Reise von Harwich nach London wenigstens 60. Alle mit 4 prachtvollen Engländern in den schönsten Geschirren bespannt. Man fährt hier bergan und bergab Trab und Galopp, weshalb wir auch schon am 14ten Abends in London ankamen. Von der Lebendigkeit der hiesigen Chaussees kann Niemand einen Begriff haben, der das hiesige Thun und Treiben nicht mit angesehen hat. Hunderte von Wagen aller Art, oft nur mit Damen besetzt, die ohne Kutscher, selbst, beständig im raschesten Trabe fahren; eine Menge von Reitern und reitenden Damen begegneten oder überholten uns jeden Augenblick. Je näher der Hauptstadt, je ärger wurde dieses und in London selbst begreift man nicht, wie so viele Wagen aneinander vorüber jagen können ohne aneinander zu stoßen und doch geschieht das Lehtere nicht. Die Kutscher fahren mit einer großen Sicherheit und sind nach der neuesten Mode gekleidete Gentlemen.

Gestern machten wir unsere hiesigen Geschäfte ab und besuchten die St. Paulskirche, mit ihren herrlichen Denkmälern, die Westminsterabtei, welche davon noch weit mehr hat und die wie der Dom zu Köln im gothischen Stile erbaut ist, das Oberhaus, wo die Pairs und Lords der Kammern das Wohl des Landes beraten.

Endlich Abends ziemlich ermüdet das Theater. Da ich aber nicht englisch verstehe, war mir das Schauspiel langweilig und wir gingen vor dem Ende nach Hause, wo wir sehr erschöpft ankamen. Heute fuhren wir im Wagen und sahen den St. Jamespalast und Park, den Prinz-Regentpark, die Themsebrücken und das große Hospital zu Greenwich. Der Kanal unter der Themse her steht noch unter Wasser und es scheint, daß dieses interessante Unternehmen ins Stocken gerathen wird. Heute Abend aßen wir hier in unserer Taverne mit Herren v. Mühlensfels und v. Gerold zusammen. Ich trennte mich aber früh um Dir diese Zeilen als Zeichen meines warmen und herzlichen Gedenkens an Dich und die Kinder zukommen zu lassen.

Morgen haben wir noch einige Geschäfte abzumachen und werden deshalb erst Abends nach Falmouth abfahren. Herr Brachetti, der mir überaus gut gefällt, geht aber schon morgen früh mit Friedrich dahin ab, weil die Koffer Abends nicht mitgenommen werden können. Von Falmouth werde ich Dir, wenn möglich, wieder schreiben.

London gefällt mir gar nicht. Der Steinkohledampf ist zum Ersticken und das Getöse auf den Straßen ist so groß, daß man ganz davon betäubt wird. Friedrich gefällt sich hier ebenfalls nicht und geht deshalb schon morgen früh. Er ist übrigens recht gesund und ich glaube, daß ihm die Reise wohl bekommen wird.

Nun liebe Louise lebe wohl und küsse mir die Mina und die Jungens; auch in Frankfurt und Cassel meine herzlichsten Grüße.

Dein treuer

Schmidt.

Herrn Oberbergrath Heusler und allen Bekannten sage viel Schönes von mir und vergiß nicht den Adalbert von uns zu grüßen. Ermüdet und schläfrig habe ich diesen Brief geschrieben, dem es daher auch zu sehr am Zusammenhange fehlt als daß er von Anderen als von Dir, den Kindern und August und seinen Lieben gelesen werden darf.

(Fortsetzung folgt.)

derliste des Zentrums zusammen hat sie rund 10 000 Stimmen aufgebracht, die völlig unter den Tisch fallen, da erst auf 12 000 Stimmen ein Mandat kommt. Die wirtschaftliche Sonderbündelei hat also dem Bürgertum in Thüringen ein Mandat gekostet, das bei der Bildung der neuen Regierung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen wäre. Die Thüringer Wahlen sind also ein neuer, schlagender Beweis dafür, daß die Wirtschaftspartei durch ihre Sonderbestrebungen den Wirtschaftsinteressen des Bürgertums den empfindlichsten Schaden zufügt. Wird diese neue Sektion dazu führen, daß sie ihre Tätigkeit einstellt?

„Nieder mit den Boches!“

Ein Kinoerlebnis in Deutschland.

Neulich hatte ich einige Stunden Wartezeit an einem Bahnhof zuzubringen. Was tun? Kino oder Café? Um mir die Qual zu ersparen — zu anderem war weder Zeit noch Ort geeignet — beschloß ich, beides zu absolvieren. Zunächst ins Kino. Die erste Nummer das übliche: die Wahlzeit der 12 Gauner, oder so ähnlich. Der Inhalt, weiß Gott, interessiert nicht. Dann die 2. Nummer. Ich traute meinen Augen nicht, als flimmernd und zitternd auf der Filmwand erschienen: „Les tribulations d'une marraine!“ schamhaft kurz dargeboten, als ob der Filmopereur selbst gefühlt, daß hier dem lieben Michel doch ein bißchen viel zugemutet würde. Aber — dem Michel darf man viel zumuten. Denn er nahm die nun folgende läppische Geschichte eines französischen Soldaten, der von der Marneeschlacht kommt, (merkt du was, Michel?) und bei einer mannstollen Französin seinen Urlaub verbringt, geduldig hin. Die Kapitelüberschriften jedesmal zuerst französisch, dann deutsch. So „übersetzt“ wie möglich, mit zahlreichen Fehlern: Gefügigkeit, Erholung-urlaub usw. Das ist allerhand, ja? Meine Erregung über diese Zumutung kämpfte ich mühsam nieder, um zu sehen, wie die Sache ausliefe. Der Poilu, ein feister Kerl, zieht sich schließlich aus, klettert mit seiner Unterhose ins Bett, der Kopf verschwindet zuerst unter der Bettdecke, wie ein praller Ballon folgt das voluminöse Hinterteil, und darauf steht: — „A bas les boches!“ Zu deutsch: „Nieder mit den deutschen Schweinehunden“, falls du es nicht übersehen kannst, lieber Michel.

So geschah am 4. September 1921 in Hagen in Westfalen im Kino Neue Welt, Kölnerstr. 35.

Was ist dazu zu sagen? Vom Kinobesitzer darf ich wohl schweigen. Vom Franzosen, der das Machwerk in die Welt setzte, wohl auch. Er kann sich und seinesgleichen nicht besser charakterisieren. Ein ganz klein wenig pilant ist der Fall allerdings darum, weil in Deutschland auf Betreiben der Franzosen der Film von der schwarzen Schmach verboten worden ist. — Aber das Publikum! Es waren doch Deutsche, die da saßen. Mußten sie nicht empört sein über ein albernes Filmmachwerk mit französischem Text? Doch das Publikum blieb indifferent. Ab und zu ein Pfeifen, ein Zwischenruf: „Deutsch!“ — Nicht mehr. Als ich in einer durch Versagen des Lichts entstandenen Pause durch den Saal rief: „Wissen Sie, was auf dem Hofenboden des dicken Franzosen da steht? Nieder mit den deutschen Schweinehunden!“ — da hätte doch ein Sturm losbrechen müssen. Aber er blieb aus. Nur einer von den zahlreich anwesenden jungen Leuten — aus ihnen setzte sich das Publikum hauptsächlich zusammen, hat mir Freude gemacht. Er wollte mir an den Kragen, weil ich „Nieder mit Deutschland“ gerufen hätte. Er sei mit Stolz ein Deutscher. Das war schön. Ich klärte ihn auf und er beruhigte sich. Aber die anderen? Sehr wenige gingen fort, fast alle blieben. Das Erlebnis ist ein Symptom. Armes Vaterland.

Ich ging zur Kriminalpolizei, und binnen kurzem war der Film kassiert. Ich hörte, das sei unter Umgehung der Filmzensur gebracht worden. Dr. K.-H.

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter“ ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Familien-Anzeigen. Die Leser des „Beobachter“ müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

„Den Finger drauf.“

An unsere Leser!

Auf der Tagung des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei erklärte der Reichstagsabgeordnete Hergt u. a.: „Was die Deutsche Volkspartei betrifft, haben wir jetzt zu unserer Befriedigung gesehen, daß zwischen ihrem und unserem Standpunkt gegenüber der Verfassung kein Unterschied mehr besteht. Beide Parteien haben erklärt, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen und daß sie sie beschützen wollen gegen Gewalttaten. Beide Parteien lehnen es aber ab, die republikanische Auffassung anzuerkennen.“

Siehe den Artikel in Nr. 37 unseres „Beobachter“: „Deutschnationale Brunnenvergiftung“.

*

Vom 1. Oktober ab ist die Tägliche Rundschau ein Organ der Deutschnationalen Volkspartei und nicht mehr der Deutschen Volkspartei.

*

Reichskanzler und Hochfinanz.

Bekanntlich hat vor kurzem der Reichskanzler (nachher allerdings abgelehnt) heftige Angriffe gegen die Hochfinanz gerichtet. Da diese jaft durchweg der Demokratischen Partei angehört, indirekt also an der augenblicklichen Regierungskoalition beteiligt ist, hat es im Schoße der Regierung einige sehr unangenehme Auseinandersetzungen gegeben. Herr Wirth versteht es glänzend, durch seine demagogische Art selbst seine intimsten Freunde vor den Kopf zu stoßen.

*

Der zahme „Vorwärts“.

Als die Kunde von der Ermordung Erzbergers ruhmbar wurde, verlangte ohne jede Kenntnis des Tatbestandes, vor allen Dingen ohne Kenntnis der Täter, der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, nach einer neuen Revolution mit der Begründung, daß die November-Revolution 1918 zu unblutig gewesen sei. Herr Stampfer kann aber auch zahmer sein. Das hat er am 23. Oktober 1916 bewiesen, als er im „Vorwärts“ politische Mörder wie folgt verteidigte:

„Das Gesamturteil läßt sich im großen ganzen dahin zusammenfassen, daß politische Reibungen im Staate und die geistige Erkrankung eines Einzelnen zu dem beklagenswerten Ergebnis zusammengewirkt haben. Und mit dieser Auffassung kommt man dem Kern des Problems viel näher als mit der sonst beliebten Methode, die instinktive moralische Entzückung über eine geschehene Tat gegen die mitleidige politische Richtung auszuschlachten. Die Tat . . . ist eben darum nicht mehr als eine politische, sondern als eine reine Wahnsinns-tat zu betrachten, weil sie politisch ganz sinnlos und zweckwidrig war.“

Damals handelte es sich allerdings um einen wackelhaften sozialistischen Mörder, nämlich Fried-

rich Adler, der den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh ermordete. Daß der Mord zurzeit der gespanntesten außenpolitischen Lage zum größten Nachteil der Mittelmächte unternommen wurde, verschlug Herrn Stampfer natürlich nichts. Auch über die Persönlichkeiten der Mörder kann Stampfer je nach der Parteizugehörigkeit verschiedene Urteile fällen. Während er die Mörder Erzbergers in Grund und Boden verdammt und sie den größten Verbrechern der Weltgeschichte gleichstellt, sucht er seinerzeit bei Friedrich Adler alle angeblich vorhandenen guten Eigenschaften zusammen. Er schrieb:

„Fritz Adler war kein „Bube“, wie das herkömmliche Klischee für politische Attentäter lautet. Er war sicher der Überzeugung, einer großen Sache das Opfer seines Selbst zu bringen. Wir schämen uns seiner nicht, wir schütteln ihn auch nicht ab. Aber er war ein kranker Mann, der den Aufgaben politischer Arbeit in schwerster Zeit nicht gewachsen war und unter ihnen geistig zusammenbrach. Er ist einer der Unseren — erst seine wirre Tat steckte ihn außerhalb der Reihen der Partei. Er hatte, vom besten Willen befeelt, mit der Politik begonnen, und er endete im Wahnsinn.“

Diese Verteidigung eines Mörders war nicht nur rein theoretisch, sondern tatsächlich ernsthaft gemeint. Denn nach Ausbruch der Revolution in Österreich wurde Friedrich Adler zu den höchsten Würden im Staate berufen.

Was würde Herr Friedrich Stampfer sagen, wenn die Mörder Erzbergers — die unerwiesene Behauptung, daß sie zu den Rechtsparteien zählen, als richtig vorausgesetzt — in maßgebliche Staatsstellungen berufen würden? Es geht nichts über die sozialistische Gerechtigkeitsliebe.

*

Goldwertphantasien.

„Wohn- und Wirtschaftsgebäude haben einen zehnmal höheren Nutzungswert als früher; wenn sich dies noch nicht in den Mieten ausdrückt, so nur darum nicht, weil diese noch durch die Zwangsbewirtschaftung künstlich niedrig gehalten werden. Bei getätigten Verkäufen ist das, in Erwartung eines bevorstehenden Abbaues der Zwangswirtschaft, jedoch schon zum Ausdruck gekommen. Der Goldwert selbst besteht also fort . . . Wer 1913 einen Grundbesitz übernahm, dessen nackter Grund und Boden 100 000 Mark kostete und darauf nur 20 000 Mark angezahlt hat, während er ihn mit 80 000 Mark Leihkapital belastete, kann diesen heute mit 1 Million Mark verkaufen; er zahlt davon die geliehenen 80 000 Mark mit Papiergeldwerten ab und steckt 920 000 Mark in die eigene Tasche.“ So steht es in der Korrespondenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu lesen unter der Überschrift „Vorschläge zur Erfassung der Goldwerte für die Wiedergutmachungsverpflichtungen“. Es ist ein Antrag des Gewerkschaftssekretärs Albrecht und Genossen im Reichswirtschaftsrat. Herr Albrecht wohnt in Neukölln. Dort kann er ja einmal die Probe auf seine Rechnung machen. Er wird zahlreiche Hausbesitzer finden, die ihm ihre Häuser zu annähernd demselben Papiermarkpreis überlassen, zu dem sie sie mit Goldmark erworben haben. Der sozialistische Magistrat in Neukölln ist theoretisch für die Sozialisierung des Hausbesitzes; in der Praxis hütet er sich davor, weil er wohl weiß, daß er die Mieten ganz erheblich steigern müßte, um auf seine Kosten zu kommen. Die Magdeburgische Zeitung bringt dafür im Zusammenhang mit dem Antrag Albrecht einen Beleg: „Im Mai dieses Jahres hat ein Neuköllner Hausbesitzer dem sozialistischen Magistrat von Neukölln sein Haus zu 90 000 Mark Papiergeld zum Kauf angeboten; das im Jahre 1909 vom Neuköllner Magistrat nach dem gemeinen

Wert mit 100 000 Goldmark für die Steuer eingeschätzt wurde. Der Neuköllner Magistrat hat aber dieses, nach den Ansichten des Herrn Albrecht ganz außerordentlich günstige Kaufangebot glatt abgelehnt. Es ist also nichts mit dem hohen Gewinne und mit Einsteden von 920 000 Mark in die eigene Tasche. Albrecht muß doch auch Kenntnis davon haben, daß in Groß-Berlin zahlreiche Hausbesitzer derartige Angebote an die Magistrate gemacht haben, daß diese aber den Ankauf abgelehnt haben. Damit fällt auch die Behauptung Albrechts in sich zusammen, daß die Gläubiger der Hausbesitzer, d. h. die Hypothekendarleiher, allein den Schaden an der Entwertung des Geldes zu tragen hätten.

Aber auch angenommen, daß Herr Albrecht Recht hätte, daß derartige Wertsteigerung stattgefunden hat, auch dann bleibt seine Schlussrechnung falsch. Weiß er nichts davon, wie reparaturbedürftig die Häuser sind und welche Umsätze die Reparaturen heutzutage verschlingen? Würden die Häuser wieder in friedensmäßigen Zustand gebracht, so wäre bald der von Herrn Albrecht angenommene Wertzuwachs durch die entstehenden Kosten verschlungen.

*

Vorschlag der Todesstrafe für unbefugte Lebensmittelausfuhr.

Die Spitzenorganisation des deutschen Getreidehandels, der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands e. V., hat an die Reichsregierung, z. B. des Reichsjustizministers Schiffer nachfolgende Eingabe gerichtet:

In letzter Zeit tauchen immer wieder Gerüchte auf, daß Getreide und andere wichtige Lebensmittel ins Ausland verschoben sein sollen. Wir, als die berufene Vertretung des legitimen Getreidehandels, haben das allergrößte Interesse daran, festzustellen, was an diesen Gerüchten wahr ist. Wir haben deshalb zum Teil recht erhebliche Belohnungen für den Nachweis ausgesetzt, daß tatsächlich Verschiebungen vorgekommen sind. Wir werden unsererseits alles daran wenden, um die strafrechtliche Verfolgung derartiger Verbrechen zu veranlassen. Wir sind bereits auch verschiedenen uns durch die Presse bekannt gewordenen Einzelfällen nachgegangen, haben aber feststellen müssen, daß die gemachten Angaben unrichtig waren. In weiten Kreisen der Bevölkerung scheint man geneigt zu sein, aus der Tatsache, daß eine Getreideausfuhr nach dem Westen oder gar nach dem besetzten Gebiet gerichtet ist, ohne nähere Prüfung den Schluß zu ziehen, daß es sich um eine Verschiebung ins Ausland handele, obwohl in Anbetracht der Verteilung von Erzeuger- und Verbrauchergebieten in Deutschland dieser Umstand nichts Auffälliges an sich hat. Wir glauben auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen zu der Annahme berechtigt zu sein, daß es sich in der weitaus überwiegenden Mehrzahl um unwahre Gerüchte handelt. Da aber leider die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß verruchte Gesellen aus gemeinem Eigennutz sich am eigenen Volk veründigen, so würden wir es im Interesse der Beruhigung der Öffentlichkeit und vor allem auch zur entsprechenden Vergeltung so nichtswürdiger Verbrechen für notwendig und zweckmäßig erachten, wenn auf die unbefugte Ausfuhr von Getreide, Kartoffeln und ähnlich wichtigen Lebensmitteln die Todesstrafe gesetzt würde. Wir bitten die Reichsregierung, eine entsprechende Gesetzesvorlage Reichsrat und Reichstag vorlegen zu wollen.

*

Angriffe auf Arbeitswillige.

Die Reichstagsabgeordneten Adams und Geisler haben folgende Anfragen an die Regierung gerichtet:

„Am 25. August 1921 brach in dem Hoch- und Tiefbaugeschäft B. Schmidt, Stettin, Freiburger

Straße 8, ein Streik aus. Von 60 Arbeitern beteiligten sich an dem Streik nur 30. Da die Arbeitswilligen wegen Verhöhnung ihre Arbeit nicht fortsetzen konnten, luden sie mit einem Motorboot nach der Parnikbrücke, um ihre Wohnung aufzusuchen. Beim Landen des Motorbootes wurden sie von den Streikenden tödlich angegriffen. Um Gewalttätigkeiten zu entgehen, sprangen fünf Arbeiter ins Wasser und versuchten, das abfahrende Boot wieder zu erreichen. Dem Führer des Bootes gelang es, vier Personen zu retten, während der fünfte Arbeiter ertrinken mußte, da ihm keine rechtzeitige Hilfe gebracht werden konnte. Der Ertrunkene ist der 26 Jahre alte Arbeiter Willi Giersch, Stettin, Friedrich-Karl-Straße 25, wohnhaft.

Wir fragen an:

1. Ist die Reichsregierung bereit, für die Ermittlung und exemplarische Bestrafung der Täter Sorge zu tragen?
2. Ist die Reichsregierung bereit, Maßnahmen zu treffen, damit derartige brutale Gewalttätigkeiten in Zukunft verhindert werden können und der Reichsregierung gemäß die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt wird?
3. Ist die Reichsregierung ferner bereit, den Hinterbliebenen des Ertrunkenen eine angemessene Entschädigung zu zahlen?

Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.“

*

Moderne Arbeitswut.

In einem nahe bei Essen gelegenen Ort mußten am letzten Sonntag eilige Ausschachtungsarbeiten verrichtet werden. Dieser Anblick empörte die klassenbewußte Arbeiterschaft so, daß sie durch Polizeibeamte die „Marodeure der Arbeiterbewegung“ von der Arbeitsstelle entfernen ließ.

Daß die Kosten der Ultimatumserfüllung nur durch Mehrarbeit aufgebracht werden können, scheinen diejenigen, die wohl ja zu sagen verstehen, das Bezahlen aber anderen gütigst überlassen, noch immer nicht einsehen zu wollen. Vielleicht kommt ihnen die Vernunft dann zurück, wenn auch die Unternehmer, statt für Einbringung neuer Aufträge zu sorgen, auch mit dem Achtstundentag sich begnügen, oder wenn die Staatsbeamten sich ebenfalls an den geheiligten Achtstundentag klammern, anstatt dahin zu streben, den durch die sozialistischen Experimente an den Rand des Verderbens gebrachten Staat vor dem Schlimmsten zu bewahren.



Weidenau.

Zu der Monatsversammlung der Ortsgruppe waren etwa 30 Herren erschienen. Der Vorsitzende, Herr Daniel Nöh, gab seinem Bedauern Ausdruck, daß bei den meisten Mitgliedern die Politik hinter allen möglichen Vereinen rangiere und das politische Interesse weit hinter dem der sozialistischen Wähler zurückbliebe. Die Ergänzungswahlen zum Hauptvorstand und zu den Bezirksvorständen wurden vertagt. Die anwesenden Mitglieder der einzelnen Bezirke wurden dringend gebeten, für die Neuaufstellung bzw. Ergänzung ihrer Vorstände Versammlungen einzuberufen und das Ergebnis der Wahlen baldigst dem Vorstände zu melden.

Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt und dem bisherigen Kassierer, Herrn Schmittthener, Entlastung erteilt. Für die Teilnahme am Lüdenschneider Parteitag meldeten sich

zwei weitere Herren, so daß die Ortsgruppe nunmehr durch sieben Herren vertreten sein wird.

Einleitend zu seinem Vortrag über „Die Deutsche Volkspartei und der gewerbliche Mittelstand“ äußerte sich Herr Klingspor zu dem Mord an Erzberger. Obwohl die Partei keinen Anlaß hat, Erzberger in Schutz zu nehmen, verurteilt sie den Mord nicht minder als Zentrum und Linksparteien. Die Partei steht auf verfassungsmäßigem Boden und lehnt politische Gewalttaten von rechts wie von links entschieden ab. Darum muß die unverantwortliche Hehe, welche das Wirth-Kabinett zusammen mit dem Linksparteien gegen die Bürgerlichen nach dem Mord richtete (Presseverbot) verurteilt werden.

Aus dem außerordentlich lehrreichen Vortrag nur einige Punkte: Die neuen Steuern und die Belastung des Mittelstandes. — Der neue Mittelstand. — Das Leipziger Programm der Deutschen Volkspartei und der Mittelstand. — Vertreter des Handwerks in der Fraktion des Reichstags und des Landtags und im Reichswirtschaftsrat. — Ablehnung der Kommunalisierung. — Freie Wirtschaft. — Die Belastung des Mittelstandes durch die Gewerbesteuer und die neue Umsatz- und Kohlensteuer. — Mittelstandsbetriebe und Betriebsrätegesetz. — Handwerk und Konsumvereine. — Der Lehrvertrag. — Der Warenhandel der Reichsbehörden. — Die Besteuerung der Wanderlager. — Mittelstand und Wiederaufbau. — Lohnforderungen und Exportmöglichkeiten. — Streik. — Ultimatum. — Erfüllungsprogramm und künstliche Teuerungen. — Kampf gegen das Schuldsprogramm.

Zum Schluß wandte sich Herr Klingspor gegen die unerhörten Unterstellungen des „Volk“ anlässlich der Äußerungen Herrn Dr. Kahls und wies nach, daß die Partei nach wie vor das Kaiserium für die zweckmäßigste Regierungsform hält. Gegenüber den schweren Wirtschaftspragen der Zukunft steht aber diese Frage völlig im Hintergrund und darf nur auf verfassungsmäßigem Wege durch die Mehrheit des Volkes entschieden werden.

In der anschließenden Aussprache zwischen den geladenen Gästen der Mittelstandsinteressen und der Industrie wurden berechnete Klagen des Handwerks über seine Benachteiligung durch Industrie-Bestellungen bei auswärtigen Firmen laut. Die Vertreter der Industrie versichern, daß man sich bei künftigen Bedarf zunächst mit dem hiesigen Gewerbeverein ins Benehmen setzen wolle. Beide Parteien erkennen die Notwendigkeit wirtschaftlichen Zusammengehens an, für dessen Organisation Herr Klingspor die Bildung eines Ausschusses aus den Vertretern des Mittelstandes und der Industrie vorschlägt. Die Geschäftsinhaber beklagen sich über die unbegründete Bevorzugung Siegerer Geschäfte gegenüber den hiesigen durch die Frauen.

Herr Nitsche bespricht noch im einzelnen die Stellung der Partei zu den Forderungen des Gewerbes, worauf Herr Klingspor das Schlusswort spricht.



Parteiabzeichen

mit lang. Nadel, I. versilb. 5.75 M., I. verguldet 6.— M.
als Brosche „ 5.75 „ „ 6.— „
als Knopf „ 6.— „ „ „
Manschettenknöpfe „ 14.— „
(Preise freibleibend)

sind zu beziehen von der
Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei
Berlin SW. 48, Friedrichstraße 226.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhäus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Borchardt, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

In 40 Minuten verladefähig sind die mit meinem
Universal-Eisenlack

gestrichenen Materialien.

Selbst bei der größten Inanspruchnahme ist ein Brechen u. Reißen dieses Lackes vollständig ausgeschlossen.

Preis: Im Faß Mark 5.—, in Kannen (nicht unter 25 kg) Mark 5.40 per kg ab hier ausschließlich Verpackung.

Wennemar Gaternann, Lack- und Kittfabrik, Eiserfeld (Sieg).

Bekanntmachung.

Die trigonometrischen Punkte der Landesaufnahme bilden die Grundlage der allgemeinen Landesvermessung; ihre Erhaltung ist daher von besonderem öffentlichen Interesse. Zur Sicherung des den trigonometrischen Punkten kennzeichnenden Marksteines ist seitens des Staates eine kreisförmige Bodenfläche von zwei Quadratmeter Flächeninhalt, deren Umfanglinie nach allen Richtungen hin 79 cm vom Mittelpunkt des Marksteines entfernt ist, erworben worden. Bei der Beackerung usw. des angrenzenden, im Eigentum des betreffenden Grundeigentümers befindlichen Bodens darf die Umfanglinie dieser kreisförmigen Bodenfläche vom Pfluge nicht berührt werden. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen werden nach § 370.1 R.Str.G.B. mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft.

Die Beschädigung, Verletzung und Entfernung der Marksteine und der etwa darüber befindlichen Holzgerüste fällt unter § 304 des R.Str.G.B. und wird mit Geldstrafe bis 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

Das Feld- und Forstschuttpersonal ist angewiesen, die Marksteine und deren Schutzflächen zu überwachen und etwaige Zuwiderhandlungen gegen die obigen Bestimmungen sofort zur Anzeige zu bringen.

Die Herren Lehrer werden ersucht, die Schulkinder auf die Bedeutung der Marksteine und auf die Folgen einer etwaigen Beschädigung derselben hinzuweisen.

(Siegen, den 19. September 1921.)

Der Landrat
Goeddeke.

**Fenster-
Roh-Draht-
Spiegel-
Flachglas jeder Art**
liefern

Denzer & Wurm G.m.b.H.

Marienborner Strasse 10 **Siegen** am Bahnhof Hain
Fernruf Nr. 1433.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich zum viertel-
jährlichen Bezugspreise von
Mark 4.50

einschließlich Postgebühren die
Wochenschrift

„Der Beobachter“
(Erscheinungsort Siegen.)

Name _____
Wohnort _____ Straße _____

**Das
Reparationsproblem**

von Dr. Otto Hugo, M. d. R.
Bestell-Nr. III.-11. Drahtwort: Schriftbtem
Einzelpreis 50 Pfg., bei größeren Bezügen
Ermäßigung.

Inhalts-Übersicht.

1. Die Last der Reparation
2. Der jährliche Deckungsbedarf
3. Die Steuerpläne der Reichsregierung
4. Die Grenzen der Steuerleistung
5. Die Erfassung der Goldwerte
6. Die Auslieferung der deutschen Wirtschaftssubstanz an das Ausland
7. Die Erschütterung der Wirtschaftslage
8. Die Goldbilanz
9. Die Umwandlung der Papierwerte in Goldwerte
10. Die Sachleistungen an die Entente
11. Die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz durch den Außenhandel
12. Die Einsparung an Einfuhrwerten
13. Die Steigerung der Produktion und Warenausfuhr
14. Die Befreiung des deutschen Außenhandels von der Außenhandelskontrolle
15. Die Einfuhrabwehr der Industriestaaten
16. Die handelspolitische Fesselung durch das Ultimatum
17. Schlussfolgerung

Die kleine Flugschrift ist für jeden unentbehrlich, der sich über das Reparationsproblem unterrichten und seine wirtschaftlichen, steuerlichen und politischen Auswirkungen überblicken will.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 226
Postfachkonto: Berlin NW 7 Nr. 51 031
Drahtanschrift: Staatspolitisch-Berlin.
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1.

Moderne Einrahmungen
Eigene mechanische Werkstätten
In Metallrahmen größte Auswahl
H. Schmeck Bahnhofstr. 12

„Der Beobachter“

ist in

Siegen Montanus, Filiale Kölner Tor 2
Siegen Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Kreuztal Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Erndtebrunn Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Altena i. W. Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Reinthal Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Reinheim-Hütten Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Zinnentrop Bahnhofsbuchhandlung Montanus

käuflich zu haben.

Wir bitten unsere Leser, bei Reisen von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. Preis 30 Pfennig.

Volkshochschullehrergänge

der
Stadt Siegen.

1. Fräulein Paula Kr.: Die Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts (mit Lichtbildern), Montags von 8—9 Uhr abends. Beginn am 3. Oktober.
2. Geologe Dr. Henke: Einführung in die allgemeine und historische Geologie. Der geologische Aufbau des Sieger- und Sauerlandes (gegebenenfalls mit Exkursionen), Mittwochs von 8—9 Uhr abends. Beginn am 28. September.
3. Professor Dr. Köhler: Die physikalischen Grundlagen der Elektrotechnik, Donnerstags von 8—9 Uhr abends. Beginn am 29. September.
4. Professor Dr. Schneider: Nationalökonomie: 1. Kaufen und Tauschen, eine Kulturgeschichte des Geldes; 2. Bevölkerungslehre, Mittwochs von 8—9 Uhr abends. Beginn am 28. September.
5. Professor Dr. Schneider: Aufbau und Verfall des preussischen Staates im 18. Jahrhundert, Mittwochs von 9—10 Uhr abends. Beginn am 28. September.

Die Lehrgänge finden im hiesigen Realgymnasium statt. Änderungen in der Stundeneinteilung sind nach Benehmen mit den Hörern nicht ausgeschlossen. Das Hörgeld für die Vortragsreihe (10—12 Vorträge) beträgt 20.— Mark. Für die Vortragsreihe Nr. 1 wegen der Unkosten 25.00 Mark. Das Hörgeld ist auf Konto der einzelnen Dozenten bei der Stadtbank in Siegen einzuzahlen. Dort sind auch Beleghe zu haben. Frühere Teilnehmer bringen ihre Hefte mit. Erörterungen und freie Aussprache über die Vorträge sollen das Verständnis fördern. Auch schriftliche Fragestellung ist willkommen.

Die Leitung der Volkshochschullehrergänge der Stadt Siegen. [S763]

**Lohnbeutel
Karteikarten**

Anhänger aus Metall u. Karton
Kontrolluhr-Karten
fertigt als Sonder-Artikel die
Papierwaren-Fabrik
Willy. Winkel, Berleburg i. W.

Installationsgeschäft.

Kanalarbeiten, Reparaturen u. Verlegung von Zentralheizungen aller Systeme, Verlegen von Rohrleitungen an Gas-, Wasser-, Dampf- und sanitären Anlagen werden ausgeführt.

Otto Link, Siegen (Westf.),
Frankfurter Straße 23.

Kaufmännische Ausbildung.

Ein neuer Lehrgang
beginnt am
Montag, dem 3. Oktober 1921.
Kaufmännische Privat-Schule von
Karl Wolf in Siegen, Burgstraße.
— Ausführl. Prospekt kostenlos. — (r248)

Das D. V. B.-Nachrichtenblatt

muß in jedem Verein in mindestens einem Stück gelesen werden. Es unterrichtet über alle wichtigen politischen Vorgänge, versorgt die Vereine und Redner mit Stoff, bringt die Ankündigungen und Mitteilungen der Parteileitung und Reichsgeschäftsstelle, ist somit

für alle Vorstände unentbehrlich.

Es wird nur an eingeschriebene Parteimitglieder geliefert; Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226.

Bezugspreis vierteljährlich 5.40 M. einschl. Bestellgeld.